

Pazifismus ist kein „Staatsverrat“!



Kriegsdienstverweigerer Ruslan Kotsaba und Ulrich Heyden berichten über Krieg und Menschenrechte in der Ukraine

Montag, 13. November 2017, Beginn: 19 Uhr

Ort: Jugend- u. Kommunikationszentrum Wasserturm Kopischstraße7

Ecke Fidicinstrasse in 10965 Berlin-Kreuzberg

(ÖNVP: U-Bhf. Platz der Luftbrücke oder U-Bhf.

Gneisenaustraße Bus 341, 104, 119 nahe Chamissoplatz)

<https://www.facebook.com/berlinerinifreiheitruslankotsaba/> www.bamm.de

Bislang eineinhalb Jahre Untersuchungshaft und eine Anklage wegen „Staatsverrats“: Ohne internationale Aufmerksamkeit drohen dem ukrainischen Pazifisten Ruslan Kotsaba bis zu 13 Jahre Haft.

In einer Videobotschaft auf youtube forderte Kotsaba Anfang 2015 alle Wehrpflichtigen dazu auf, einer Einberufung zum Militär nicht zu folgen. Die Hoffnungen auf einen demokratischen Schub durch die Maidan-Bewegung sieht der Journalist und Blogger durch anhaltende Korruption und Missachtung von Menschenrechten verraten.

Nach seiner Videobotschaft wurde Kotsaba wegen Behinderung der Tätigkeit des Militärs und „Staatsverrat“ festgenommen und nach 15 Monaten Un-



untersuchungshaft zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der Einstufung als politischer Gefangener durch amnesty international, einer Vortragsreise seiner Ehefrau in Deutschland und zahlreichen Solidaritätsschreiben sprach ihn ein Berufungsgericht im Juli 2016 zunächst frei. Die Staatsanwaltschaft erwirkte im Juni 2017 aber die Aufhebung des Freispruchs und fordert weiterhin eine Verurteilung zu 13 Jahren Haft. Es wird demnächst neu verhandelt. Wenn die Anklage zugelassen wird, muss Kotsaba nach ukrainischem Recht zwingend in Untersuchungshaft genommen werden.

Aber auch von Neonazis wird der engagierte Pazifist verfolgt. Regelmäßig erhält er Drohbriefe der Nazigruppe C14. Aus Sicherheitsgründen ist er von seiner westukrainischen Heimatstadt Iwano-Frankiwsk nach Kiew umgezogen und lebt dort getrennt von seiner Frau und seinen Kindern. Innerhalb der Ukraine kann Ruslan Kotsaba keine offene Solidarität erwarten – umso wichtiger ist für ihn Unterstützung aus dem Ausland.

Am 13. November sprechen er und der Journalist Ulrich Heyden (Freitag u. a.) über die Tragödie des Krieges, Menschenrechtsverletzungen und antidemokratische Tendenzen in der Ukraine und im Donbass und den Einfluss von Rechtsextremen auf die Politik.

